

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 04.10.2011

Gute Arbeit durch Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz ermöglichen - Zukunft der Arbeit gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Analysen zu Arbeitsbelastungen zeigen, dass körperlich schwere Arbeiten in ihrer Verbreitung seit Ende der 70er-Jahre weitgehend konstant geblieben sind. Die Zahl schwerer und schwerster Unfälle konnte durch gesundheitliche Prävention deutlich zurückgeführt werden. In einer veränderten Arbeitswelt ergeben sich aber neue Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz. So stellen Arbeits- und Gesundheitsforscher eine deutliche Zunahme bei den psychischen Belastungen fest. Die Geschwindigkeit in der Arbeitswelt hat im Zuge des Übergangs von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft eine große Dynamik entwickelt. Beschäftigte fühlen sich stärker denn je unter Zeitdruck. Dazu trägt auch die ständige Erreichbarkeit durch Smartphones und Tablet-PCs bei. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen permanent Prioritäten setzen und erfahren dabei allzu oft keine Unterstützung durch Arbeitgeber und Führungskräfte.

Auch die Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse trägt zu einer steigenden Zahl von gesundheitlich belasteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei. Das Statistische Bundesamt hat in einer Pressemitteilung vom 19.07.2011 dargelegt, dass die Zahl der atypisch Beschäftigten im Jahr 2010 bundesweit auf 7,84 Mio. gestiegen ist. Hauptsächlich ist die Zunahme auf den Zuwachs von Personen in Zeitarbeitsverhältnissen zurückzuführen.

Die vielfältigen Folgen von körperlichen und psychischen Belastungen in der Arbeitswelt sind nicht zu übersehen: Schlafstörungen, Herzinfarkte, Depressionen und Burn-out-Syndrome nehmen stark zu. Betriebsärzte vermelden eine stetig ansteigende Zahl psychisch erkrankter Menschen im Arbeitsleben. Auch psychosomatische Erkrankungen nehmen stark zu. Soziale Beziehungen werden schwieriger und viele Menschen beklagen den zunehmenden Konkurrenzdruck, der eine gesunde „Work-Life-Balance“ gefährdet. Längere Lebensarbeitszeiten durch die stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre müssen durch gute Arbeitsbedingungen und die Stärkung der betrieblichen Prävention gestaltet werden.

Gute Arbeitsleistungen über die gesamte Dauer eines weitgehend gesunden Erwerbslebens entstehen nur in einer humanisierten Arbeitskultur. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmen und Staat müssen der gesundheitlichen Prävention und der Humanisierung des Arbeitsumfeldes daher deutlich mehr Bedeutung zumessen als bisher.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf,

1. dem Landtag darzustellen, wie sich die gesundheitliche Situation durch das im Jahr 2002 eingerichtete Gesundheitsmanagement in der niedersächsischen Landesverwaltung entwickelt hat, und dabei umfassend darauf einzugehen, wie sich die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabenbereiche Arbeitsschutz und -sicherheit, Gesundheitsförderung, Suchtprävention, Sozialberatung sowie betriebliches Gesundheitsmanagement darin im Sinne eines integrierten Handlungskonzeptes einfügen,

2. dem Landtag über den Umsetzungsstand des im August 2010 von der Landesregierung beschlossenen Programms zum „demografiesicheren und ressourcenbewussten Personalmanagement in Niedersachsen“ zu berichten und die weiteren geplanten Umsetzungsschritte darzustellen,
3. eine stärkere Beratung und Unterstützung von Betriebs- und Personalräten und von Fachkräften für Arbeitssicherheit durch die staatlichen Gewerbeaufsichtsämter zu gewährleisten,
4. in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN), der Ärztekammer Niedersachsen (ÄKN), den Berufsgenossenschaften, wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. und der staatlichen Gewerbeaufsicht ein Modellprojekt zu initiieren, in dem Konzepte und Modelle zum Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung erarbeitet und erprobt werden,
5. in Kooperation mit der Ärztekammer sicherzustellen, dass ausreichend und qualifizierte Betriebsärzte zur Verfügung stehen,
6. die arbeitsmedizinische Beratung durch den gewerbeärztlichen Dienst in den Gewerbeaufsichtsämtern durch geeignete Maßnahmen auszubauen und Betriebe über bestehende Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes noch gezielter zu informieren,
7. in Kooperation mit den Leistungserbringern und Kostenträgern sicherzustellen, dass Reha-Maßnahmen zeitnah durchgeführt werden,
8. in der Bildungspolitik einen stärkeren Fokus auf die Bereiche Zeit- und Gesundheitsmanagement zu legen, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Herausforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft vorzubereiten,
9. eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns für alle Branchen einzubringen, um die durch prekäre Beschäftigung ausgelösten psychischen Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu minimieren.

Begründung

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung und des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INIFES) zeigt, dass schwere körperliche Arbeiten in ihrer Verbreitung zumindest seit Ende der 70er-Jahre weitgehend konstant geblieben sind, während psychische Belastungen seither deutlich angestiegen sind. Der Gesundheitsreport 2011 der Techniker Krankenkasse kommt zu dem Schluss, dass die Fehlzeiten unter der Diagnose von psychischen Störungen seit 2006 kontinuierlich, allein von 2009 bis 2010 mit einem Anstieg von fast 14 %, gestiegen sind und Deutschlands Betrieben daher jeden Tag über 4 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. Die Folgen sind enorme Produktionsausfälle und hohe Behandlungskosten für die Krankenkassen. Die Patienten durchleben häufig wochen- und monatelange Krankheitszeiten.

Nach einer Erhebung des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie sind gesundheitliche Beschwerden der häufigste Grund für einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Nur ein Bruchteil der Beschäftigten arbeitet bis zum regulären Renteneintrittsalter.

Die Zunahme von atypischer und prekärer Beschäftigung verstärkt die Zunahme psychisch bedingter Krankheitsfälle. Zu den atypischen Beschäftigungsformen zählt das Statistische Bundesamt dabei - im Unterschied zum Normalarbeitsverhältnis - befristete und geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit bis zu 20 Wochenstunden sowie Zeitarbeit. Eine atypische Beschäftigung kann auch nach mehreren Merkmalen gleichzeitig vorliegen.

Stefan Schostok
Fraktionsvorsitzender